

Staatsbank verschwendet Steuergeld

Der Rechnungshof übt in einem internen Bericht scharfe Kritik an der staatlichen Bad Bank der HRE: Die Abwicklungsanstalt habe Beratermandate ohne Ausschreibung und zu viel zu hohen Preisen vergeben.

Von Martin Greive
09.05.2014



Foto: picture alliance / dpa Der Schriftzug von FMS Wertmanagement, der sogenannten Bad Bank der verstaatlichten Immobilienbank Hypo Real Estate (HRE), am Firmensitz in München

Oktober 2010. Zwei Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise verschafft sich die verstaatlichte Hypo Real Estate (HRE) Luft. Die Bank lagert ihren toxischen Papiere in eine sogenannte Abwicklungsanstalt ("Bad Bank") aus, der FMS Wertmanagement (FMSW). Die Anstalt soll die Geschäfte mit Gewinn abwickeln, um den Schaden aus der Beinahe-Pleite der HRE für den Steuerzahler möglichst gering zu halten.

Mit nicht einmal drei Monaten Vorlaufzeit muss eine Handvoll Mitarbeiter der FMSW nun ein Portfolio von rund 175 Milliarden Euro managen und Geschäftsbeziehungen aufbauen. Aus eigener Kraft kann die Bad Bank das nicht schaffen. Deshalb engagiert sie externe Berater.

So lässt sich die Bad Bank kurz nach ihrer Gründung von einem Strategieberater unterstützen. Der lässt sich dafür fürstlich entlohnen: Seine Tagessätze liegen bei bis zu 8500 Euro, zuzüglich 15 Prozent pauschale Nebenkosten und Umsatzsteuer. Ein teures Beratermandat, für das Ende der Steuerzahler gerade steht – denn die FMSW ist eine staatliche Bank.

Noch mehr fragwürdige Tätigkeiten

Das Engagement des teuren Strategieberaters ist aus Sicht des Bundesrechnungshofs nicht die einzige fragwürdige Beratertätigkeit bei der FMSW. Die Rechnungsprüfer haben den Einsatz externer Berater bei der Bad Bank untersucht. In einem als "Verschlussache" eingestuften Bericht, der der "Welt" vorliegt, kommen die Prüfer zu einem für die FMSW verheerenden Ergebnis.

Laut dem Bundesrechnungshof hat die Abwicklungsanstalt Geld der Steuerzahler verschwendet, in dem sie unnötig, ohne Ausschreibung und zu übersteuerten Preisen Berater engagiert hat. Außerdem habe die FMSW Jahresabschlussprüfer mit Beratungsmandaten beauftragt – womit es zu Interessenkonflikten gekommen sein könnte, monieren die Prüfer. Die FMSW widerspricht den Vorwürfen.

Laut Bundesrechnungshof setzte die FMSW nach ihrer Gründung Berater in "erheblichen Umfang" ein. Bis Ende Februar 2012 hatte die Bad Bank 78 Mandate mit einem Geschäftsvolumen von rund 57 Millionen Euro vergeben. Vor allem in den ersten zwölf Monaten nach ihrer Gründung im Juli 2010 heuerte die FMSW zahlreiche Berater an – allerdings ohne Ausschreibung.

Ausbau "ohne Alternative"

Die Bad Bank argumentiert, dies sei wegen des zügigen Aufbaus "ohne Alternative" gewesen. Sie habe schnell handlungsfähig sein müssen, Ausschreibungen hätten sich aber über Monate hingezogen. Inzwischen schreibe die Bank alle Aufträge vorschriftsgemäß aus. Der Bundesrechnungshof stellt nicht in Frage, dass die FMSW nach ihrer Gründung verstärkt auf externe Dienstleister angewiesen war. Das rechtfertige allerdings nicht den zwölfmonatigen Verzicht auf offene Verfahren. "Die FMSW hätte schnellstmöglichst die üblichen Vergaberegeln beachten müssen", schreiben sie.

Ohne Ausschreibung kam auch der teure Strategieberater an sein Mandat. Nur für ihn fielen in den Jahren 2010 und 2011 Kosten in Höhe von 24,1 Millionen Euro an. Seinen hohen Tagessatz war er aber nicht wert, monieren die Rechnungsprüfer. "Die hohen Ausgaben für diesen Berater sind nicht gerechtfertigt", schreiben sie. Die FMSW hätte mit anderen Beratern deutlich niedrigere Tagessätze vereinbart. Auch hätten andere Unternehmen für vergleichbare Leistungen weniger gezahlt. Und obendrauf seien auch noch die Rechnungen des Beraters so intransparent, dass eine hinreichende Überprüfung nicht möglich gewesen sei. Die FMSW verteidigt hingegen das Mandat.

Die Rechnungsprüfer listen in ihrem Bericht weitere aus ihrer Sicht fragwürdige Beratermandate auf. So vergab die FMSW ein Mandat zur Öffentlichkeitsarbeit, das unter anderem die Kommunikation mit Bundestag und Bundesregierung verbessern sollte. Kostenpunkt: 90.000 Euro. Laut Rechnungshof ein völlig sinnloses Mandat. Die FMSW sollte "auch ohne den Einsatz von Beratern in der Lage sein, mit dem Bundestag zu kommunizieren", schreiben die Prüfer spitz. Auch hätte die FMSW – anders als etwa die Bad Bank der WestLB – die Kosten ihrer Beratermandate nicht freiwillig im Jahresabschluss veröffentlicht.

Unglaubliche Begründungen

Doch dieser Kritikpunkt am Jahresabschluss ist gegenüber anderen noch harmlos: So vergab die FMSW die Abschlussprüfung für 197.000 Euro an eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Soweit nichts Besonderes. Am Ende aber rechneten die Abschlussprüfer wegen "höheren Aufwands" ein achtfach höheres Honorar ab – 1,6 Millionen Euro.

Die FMSW verweist darauf, dass sie den Umfang der Probleme bei Vergabe des Mandats nicht kannte. Die Prüfer kaufen der Bank das nicht ab. Die FMSW hätte schon bei der Ausschreibung mit den Mehrkosten rechnen müssen. "Sie bereitete die Vergabe insoweit nicht sorgfältig vor", heißt es im Bericht.

Trotz der ausufernden Kosten kam die Arbeit des Jahresabschlussprüfer bei der FMSW offenbar an. Die Bad Bank beauftragte den gleichen Prüfer auch mit mehreren Beratungsmandaten. Dass Wirtschaftsprüfer Bilanzen von Unternehmen nicht nur absegnen, sondern sie auch gleichzeitig beraten, wird von Experten schon lange kritisiert. Denn diese doppelte Leistung birgt die Gefahr von Interessenskonflikten.

Befangenheit nicht auszuschließen

Außerdem beriet derselbe Abschlussprüfer auch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) bei der Gründung der FMSW, etwa beim Kreditrisiko- und Liquiditätsmanagement und dem Risikocontrolling. Teile dieser Beratungsleistungen für die FMSA wiederum waren Gegenstand der Abschlussprüfung der FMSW.

"Es ist daher nicht auszuschließen, dass der Abschlussprüfer befangen war", schreiben die Prüfer. Ein schwerer Vorwurf, dem die FMSW entgegentritt. Sie erklärte, mögliche Interessenskonflikte geprüft zu haben. Die FMSA teilte dem Rechnungshof mit, keine Interessenskonflikte erkennen zu können.

Besonders die scharfe Kritik am Jahresabschluss 2010 dürfte für die FMSW schwer wiegen. Unklar ist noch, ob aus den Vorwürfen Konsequenzen folgen werden. Am Freitag wird das parlamentarische Finanzmarktgremium des Bundestages über den Bericht beraten. Sollten die Parlamentarier zu dem Schluss kommen, die Vorwürfe aufarbeiten zu lassen, würde sich wohl bald der Haushaltsausschuss des Bundestags mit dem Thema beschäftigen.

"Das Kernproblem bleibt, dass sich die Bundesregierung im Bankensektor auf Zuarbeit und Ratschläge von privaten Wirtschaftsprüfern und Unternehmensberatern verlassen muss, weil sie nicht genügend eigenes qualifiziertes Personal vorhält", sagt Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Linkspartei im Bundestag. "Das ist doppelt beklemmend, erstens weil dieselben Berater meist im Auftrag der Banken handeln und daher ihr Herz eher für die Banken schlägt und zweitens, weil dieselben Berater die Banken in der Vergangenheit ja offensichtlich sehr schlecht beraten und geprüft haben."

Es ist nicht das erste Mal, dass Kritik an den regen Beratertätigkeiten während der Finanzkrise laut wird. Bereits vor einem Jahr hatte die "Welt" über Beratungsaufträge des Bankenrettungsfonds SoFFin in Höhe von rund 100 Millionen Euro berichtet. Die Linkspartei warf dem Rettungsfonds damals vor, Steuergelder für hohe Beraterhonorare zu verschwenden. Die FMSA hatte die Vorwürfe zurückgewiesen. Der Bankenrettungsfonds sei auf die Hilfe externer Berater angewiesen, ein Großteil der Kosten würde an Finanzinstitute weitergeleitet.